

Sportlicher Rückwärtssalto in der Wandelhalle

Das Gesetz zur Zweitwohnungsinitiative wurde in jeder Beratungsrunde weiter gelöchert. Die SVP lieferte dazu die dicksten Bohrer, bis zum Vorabend der Beratungen im Nationalrat – da war alles anders!

Die Bergkantone und ihr Baugewerbe fürchteten sich vor der Umsetzung der Zweitwohnungsinitiative. Der Bundesrat hat eine Gesetzesvorlage unterbreitet, die - so Bundesrätin Doris Leuthard - „den Spielraum der Verfassung mehr als ausreizt“. Im Ständerat und erst recht in der Kommission des Nationalrats wurde das Gesetz dennoch zerzaust. Sogar Wohnungsangebote nur auf einer Internetplattform wollten vom Baustopp ausgenommen werden.

Volkswille ist nicht gleich Volkswille

Das Gesetz wollten die Gegner sogar als dringlich erklärt haben, damit blockierte Baubewilligungen vor dem gefürchteten Referendum noch rasch bewilligt würden. Mahnende Worte, der Volkswille sei zu respektieren, wurden in den Wind geschlagen. Die NZZ schrieb: „Würde es sich um eine Initiative der SVP handeln, würde diese Partei von einem Skandal sprechen.“ Die einseitige Haltung bezüglich Umsetzung der Initiative wurde medial ausgeschlachtet. Dann plötzlich die Wende in der SVP, nicht aus purer Kompromissbereitschaft sondern vielmehr aus Angst vor einem politischen Bumerang. Wer lauthals eine buchstabengetreue Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative verlangt, darf den Volkswillen andernorts selber nicht mit Füßen treten. Wie vom Saulus zum Paulus musste unmittelbar die Bedeutung des Landschaftsschutzes als entscheidendes Element für den Tourismus erhalten. Wenige Tage zuvor noch wurde vehement das Gegenteil verkündet. Spott und Gifteleien im Parlament musste einstecken, wer nach so viel Starrköpfigkeit für sich in Anspruch nahm, es sei nie zu spät gescheiter zu werden. Am Vorabend der Abstimmung haben diese gekippt, was sie eineinhalb Jahre lang in den Kommissionen aufwändig bekämpft hatten.

Sexualkundeunterricht – ein zeitfüllendes Thema

Im Juni 2012 wurde die Initiative „Schutz vor Sexualisierung in Kindergarten und Primarschule“ eingereicht. Eine Kommission hat über mehrere Stunden verschiedene Organisationen angehört und sich mit dem Thema intensiv befasst. Letzten Mittwoch hat auch der Nationalrat fast vier Stunden lang zu dieser Initiative debattiert, um sie mit wenigen Gegenstimmen deutlich abzulehnen. Die Initiative wurde wegen den umstrittenen „Sexkoffer“ eingereicht und beschäftigt jetzt viele Stunden Parlament und Verwaltung. Das obwohl ein Eintrag in die Bundesverfassung unsinnig und chancenlos ist. Unsere Schulen dürfen nicht behindert werden Prävention und grundlegende Kenntnisse zur Sexualität zu vermitteln. Die Schweiz hat weltweit eine der tiefsten Raten bei Teenagerschwangerschaften und Abtreibungen in dieser Altersgruppe. Das hängt auch mit guter Aufklärung zusammen.

Finanzausgleich: Geberkantone entlasten?

Nächste Woche steht auch für Schaffhausen ein wichtiges Geschäft an. Im interkantonalen Finanzausgleich gehört unser Kanton zu den Geberkantonen. Wir werden als finanzstark eingestuft und entsprechend zur Kasse gebeten. Der Bundesrat kommt zum Schluss, dass die Ziele des Finanzausgleichs in den letzten Jahren erreicht worden sind und der Beitrag der Geber etwas gekürzt werden könne. Bei den Beratungen im Ständerat wurde das Kartell der Nehmerkantone gut sichtbar. Diese sind in der Mehrheit und konnten das Ruder herumreissen. Normalerweise gilt: „Wer zahlt befiehlt“, für einmal ist das umgekehrt: „Wer nimmt befiehlt“. Doch das Feilschen geht am Dienstag im Nationalrat weiter. Man darf gespannt sein, wer sich durchsetzt.

7.3.2015; Martina Munz, Nationalrätin